

NEWSLETTER

Gudrun Pieper MdL
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL

Neuigkeiten.....	Seite 1
Aus dem Plenum.....	Seite 2
Aus dem Kultusausschuss.....	Seite 3
Aus dem Sozialausschuss.....	Seite 4
Aus dem Europaausschuss.....	Seite 5
Unterwegs.....	Seite 6-7




Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bekannterweise sind nach den Haushaltsberatungen im Dezember viele Entschließungsanträge mit dem Haushalt bereits beschlossen und ab Januar beginnt die Zeit der neuen Initiativen. Wir haben das Jahr kraftvoll gestartet und informieren Sie gerne über die aktuellen Beratungen.

Viel Spaß beim Lesen Ihre
Landtagsabgeordneten


Dr. Karl-Ludwig von Danwitz


Gudrun Pieper

Wehrhafte Demokratie verteidigen

In der Aktuellen Stunde des Niedersächsischen Landtages haben wir der Befreiung aus den Konzentrationslagern vor 75 Jahren gedacht. Zuvor berichtete der Überlebende Prof. Shaul Ladany über seine schrecklichen Erlebnisse im Konzentrationslager Bergen-Belsen, ein sehr bewegender Bericht.

Ebenso hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 23. Januar als erstes deutsches Staatsoberhaupt in der Gedenkhalle von Yad Vashem eine Rede gehalten. Die Bilder dieser Rede haben mich an viele emotionale Momente erinnert, bei denen ich selbst vor fünf Jahren bei einem Besuch der CDU-Landtagsfraktion in Israel und Yad Vashem dabei war. Ich erinnere mich an die Gedenkhalle, in der uns erlaubt wurde, einen Kranz für die Opfer niederzulegen, und an das Tal der Gemeinden sowie an die vielen niedersächsischen Städte und Orte, die dort auf den Gedenktafeln aufgelistet waren. Ich erinnere mich an die Kindergedenkstätte, in der endlos die Namen von ermordeten Kindern und Jugendlichen vorgelesen wurden. Es dauert drei Monate, um alle diese Namen vorzulesen. Ein für mich sehr emotionaler Moment, den ich NIE vergessen werde.

In seiner Rede hat der Bundespräsident für uns Deutsche folgendes Versprechen erneuert: „Dieses Deutschland wird sich selbst nur dann gerecht, wenn es seiner historischen Verantwortung gerecht wird: Wir bekämpfen den Antisemitismus! Wir trotzen dem Gift des Nationalismus! Wir schützen jüdisches Leben! Wir stehen an der Seite Israels!“ Jeder, der einmal in Yad Vashem war, weiß, wie sehr Deutschland dieser Verantwortung

verpflichtet ist, weiß, dass Krieg und Terror Unrecht, Grauen und Leid hervorruft.

In den 75 Jahren haben wir erfahren, dass wir dem sicheren Gefühl der Freiheit und des Rechtsstaates leben. Freie Meinungsäußerung und freie Presse sind für uns selbstverständlich.



Im nächsten Jahr wird die Bundesrepublik ihren 75. Geburtstag feiern - immer noch jung und schon die älteste Demokratie auf deutschem Boden. Aber so selbstverständlich wie wir die großartigen Errungenschaften der Bundesrepublik allein schon durch das Grundgesetz erhalten haben, müssen wir kritisch darauf schauen, dass innerhalb unserer Gesellschaft eine Umkehr zu befürchten ist. Uns allen sollte klar sein, welch großes Glück uns bisher zuteilwurde und welche Verantwortung daraus erwächst. Unser Parlamentarischer Geschäftsführer Jens Nacke hierzu in der Debatte: „Anlässlich des 20. Jahrestages der deutschen Einheit stellte der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert zu Recht fest, dass Demokratien ausbluten oder erodieren können und dass wir, wenn wir

heute auf die politischen Verhältnisse schauen, feststellen, dass sich weder die Parteien noch die Parlamente, dass sich weder die Regierungen noch die Opposition auf dem Höhepunkt ihres öffentlichen Ansehens befinden. Ich glaube, diese Analyse ist auch heute, zehn Jahre später, noch zutreffend. Und darin liegt eine besondere Pflicht der politischen Mitte, wie es der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Andreas Voßkuhle, sinngemäß in seinem Buch „Die Verfassung der Mitte“ formuliert. Mit dieser Mitte sind nicht nur Parteimitglieder oder Parlamentarier gemeint. Gemeint ist die gesellschaftliche Mitte. Die gesellschaftliche Mitte darf nicht schweigen oder es gar hinnehmen, wenn sich in unserem Land politische Kräfte breit machen wollen, welche die Verfassung und die staatlichen Institutionen infrage stellen. Wer unsere staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zerstören will, der muss Gegenwehr einer streitbaren und wehrhaften Demokratie zu spüren bekommen, damit auch die nächsten Generationen noch das große Glück der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit erfahren werden. So, und wohl nur so, werden wir das Versprechen erfüllen können, das der Bundespräsident am 23. Januar 2020 für uns Deutsche in Yad Vashem wiederholt hat.“ Mehr ist dem nicht zuzufügen!

Herausgeber:

Gudrun Pieper MdL Hauptstraße 9 29690 Schwarmstedt Tel.: (05071) 800 25 info@gudrunpieper.de	Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL Poststraße 11 29640 Schneverdingen Tel.: (0172) 48 21 40 6 info@von-danwitz.com
--	---



Aus dem Plenum

Ehrenamtliche schützen – Gesetzeslücken schließen

„Niedersachsen ist das Land der Ehrenamtlichen. Jeder zweite über 14 Jahren ist bei uns ehrenamtlich aktiv. Diese Ehrenamtlichen tragen ganz wesentlich unser demokratisches Gemeinwohl. Umso perfider ist es, dass nun gerade diese Menschen vermehrt das Ziel von Hass und Hetze, vermehrt im Internet, werden“, so unser innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Sebastian Lechner, in der Debatte.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Bürgermeister, Feuerwehrleute, Rettungssanitäter, Vereinsvorsitzende oder Menschen, die sich bei der Tafel engagieren, dem ausgesetzt werden. All diesen Menschen müssen wir den Rücken stärken und gemeinsam mit Ihnen zusammen Hass und Hetze entschlossen entgegen-treten.

Weiterhin hierzu: „Lücken im Strafgesetz, die Täter ausnutzen, müssen wir konsequent schließen. Neben der Erweiterung des § 188 StGB auf Kommunalpolitiker sollte dieser auch unter den Anwendungsbereich des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes gestellt werden“, so der Innenexperte.

Wenn darüber hinaus Täter der Meinung seien, sie könnten im Internet nicht identifiziert werden, dann müssen sie identifizierbar gemacht werden: „In Zeiten dynamischer IP-Adressierung brauchen wir mindestens eine IP-Vorratsdatenspeicherung, um damit auch zu einer Anschlusskennung zu kommen. Europa- und verfassungsrechtskonform, aber mit der nötigen Konsequenz“, so Lechner abschließend.

Kompetenzen der Sicherheitsbehörden erweitern

In den letzten Jahren sind Fake-Shops im Internet professioneller geworden und erfahren leider eine erhöhte Glaubwürdigkeit. Für die Verbraucher wird es daher immer schwieriger diese zu erkennen. Internetuser müssen aus diesem Grunde noch mehr über die Nutzung und die Gefahren des Netzes aufgeklärt und informiert werden. Hierfür dienen zusätzliche Bildungsangebote, die wir auf bundespolitischer Ebene fordern, damit es eben gar nicht erst zu den Betrugsfällen kommt. Auch müssen die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden erweitert werden. Ebenfalls fordern wir auch eine zentrale Ansprechstelle. „An diese können sich die Verbraucherzentralen in Deutschland wenden und so kann gemeinsam gezielt gegen Fake-Shops vorgegangen werden. Die Verbraucherzentralen sind zum Thema Internetbetrug bereits gut unterwegs, eine nationale Ansprechstelle wird dazu beitragen, dass Geschädigte noch effektiver gegen Fake-Shops vorgehen können“, so unsere Verbraucherschutzpolitische Sprecherin Veronika Koch.

Festzustellen ist, dass bestehende Gütesiegel von Onlineshops kein Indiz mehr dafür sind, dass es sich um seriöse Online-Shops handelt. „Daher müssen Verfahren entwickelt werden, um wiederum die Rechtmäßigkeit bestehender Gütesiegel überprüfen zu können. Eine Veröffentlichung einer Fake-Shop-Liste im Internet ist hierbei ein Schritt, der aber nicht wirklich praxisnah ist. Wir müssen noch einen Schritt weitergehen, und zwar mit einem nationalen Gütesiegel – ein eindeutiges Symbol, das die Seriosität bzw. die Echtheit eines Shops belegt. Wir müssen jetzt handeln, um unsere Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen, damit die Betreiber von Fake-Shops merken, dass wir in Deutschland die betrügerischen Machenschaften nicht einfach hinnehmen, sondern aktiv dagegen steuern“, so Koch abschließend.

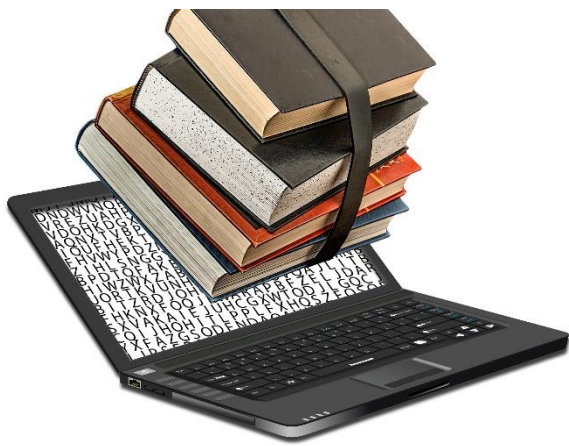
Regierungskoalition beschließt

„Third Mission“

Die Regierungskoalition von CDU und SPD will neben Forschung und Lehre den Wissenstransfer in Wirtschaft und Zivilgesellschaft – die sogenannte „Third Mission“ – als neue dritte Säule der Hochschulen etablieren. „Digitalisierung, Umstellung der Energieversorgung und Antriebssysteme, demographischer Wandel und Fachkräftemangel – unsere Gesellschaft steht vor massiven Veränderungen, die mit Erfahrungswissen allein nicht zu bewältigen sind. Das verunsichert die Menschen und macht es Populisten einfach, politisches Kapital daraus zu schlagen. Wir wollen, dass Wissenschaft Wege aufzeigt und Vertrauen in eine gesicherte Zukunft schafft“, bemerkte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Jörg Hillmer zum beschlossenen Entschließungsantrag.

Wir sind der Auffassung, dass die gesellschaftliche und technologische Transformation zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger aktiv zu gestalten und wirtschaftlich zu nutzen sein muss. Die Forschungsergebnisse, insbesondere die der im Rahmen der niedersächsischen Digitalisierungsstrategie zusätzlich geschaffenen 50 Digitalprofessuren, dürften nicht im Elfenbeinturm verschwinden, sondern allen zugänglich gemacht werden. Zwar gebe es schon heute betriebliche Forschungseinrichtungen und universitäre Institute, die im Wissenstransfer aktiv seien. „Unser Ziel ist jedoch, dass diese Leistung gesellschaftlich anerkannt und als dritte Säule neben Forschung und Lehre festgeschrieben wird“, so Hillmer abschließend.

Gudrun Pieper



Aus dem Kultusausschuss

Digitalisierung auch im berufsbilden- den Bereich erfolgreich umsetzen – Gute wohnortnahe Beschulung gewährleisten

Die berufliche Bildung weiter zu entwickeln, Ressourcen einzuplanen und den Berufsbildenden Schulen Eigenverantwortlichkeit an die Hand zu geben, das ist unser Ziel. Und natürlich wissen wir alle darum, dass die Unterrichtsversorgung immer noch Luft nach oben hat. Daher wird man den jetzt beschrittenen Weg konsequent weitergehen müssen. Auch was das Thema Lehrkräftegewinnung angeht. Die CDU-Fraktion ist dazu bereit, doch müssen wir auch weiter an drängenden Fragen arbeiten“, so unser Kollege André Bock, Vorsitzender des Kultusausschusses im Niedersächsischen Landtag.

So haben wir die Verstärkung von nun 15 Mio. € für Verfügungskräfte im Haushaltsplan 2020 abgebildet, 260 Stellen aus dem Sprint-Projekt dauerhaft implementiert - ein Umfang von ebenfalls fast 15 Mio. € -, ebenso die 50 Stellen für die Schulsozialarbeit. Mit dem weiterentwickelten „BBS-Paket 2020“ wollen wir daran arbeiten, dass die berufliche Bildung gestärkt wird, je-

doch kann es nicht sein, nur die Bereitstellung von Ressourcen, vielmehr müssen wir auch die Fragen diskutieren, wie kann beispielsweise eine gute wohnortnahe Beschulung gewährleistet oder wie kann die Digitalisierung auch im berufsbildenden Bereich erfolgreich umgesetzt werden?! Auch eine bessere Anbindung und Orientierung von jungen Menschen nach der regulären Schule in die berufliche Welt und nicht nur ins Studium muss gelingen“, so Bock in der Debatte.

„Wir wollen, dass die Berufsbildenden Schulen als wohnortnahe Akteure einer guten beruflichen Bildung in den Regionen erhalten bleiben und gestärkt werden. Davon profitiert am Ende auch das duale Ausbildungssystem in Niedersachsen“, so Bock.

Für uns bedeutet das im Heidekreis, dass auch unsere BBS'en in Soltau und Walsrode eine vernünftige Unterrichtsversorgung sicherstellen können. So können sowohl gute Angebote für Vollzeitschüler als auch für Teilzeitschüler im Rahmen der Ausbildung gemacht werden.

Mobbing an Schulen bekämpfen

Wir alle wissen von unseren Schulbesuchen oder auch durch das persönliche Umfeld, dass Mobbing an Schulen zugenommen hat - durchaus auch als Folgewirkung der Digitalisierung. Digitalisierung kann nämlich nicht nur die positiven Seiten des Lebens schneller und einfacher gestalten, sondern leider auch die negativen Seiten. Deswegen wollen wir genau auf diesen Bereich künftig einen Schwerpunkt legen. Fragen wie: Wie können Schulen besser auf Cybermobbing vorbereitet werden? Wie können wir Eltern und Lehrkräfte schulen? Wie können wir aber auch Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten, Cybermobbing zu erkennen und damit umzugehen?

Ein wichtiger Punkt, der in der Gesamtberatung mit eingebracht worden ist, ist der Ausbau von Mobbing-Interventions-Teams, die relativ schnell handeln können. Die Stärkung der Schulsozialarbeit in Niedersachsen ist ebenso ein Baustein, denn die Schulsozialarbeiter übernehmen eine Schlüsselfunktion, wenn es darum geht, Mobbing überhaupt erst einmal zu erkennen und dann zu beenden. Zusätzlich wollen wir die Ombudsstelle für Opfer und Fragen sexuellen Missbrauchs und Diskriminierung stärken, denn Schülerinnen und Schüler, aber möglicherweise auch für Eltern kann es einfacher sein, sich nicht zuerst in der Schule melden zu müssen. Unser aller Ansinnen muss es sein, Mobbing in der Schule zu begegnen - Mobbing unter Kindern und Jugendlichen. Deswegen haben wir mit dem gemeinsamen Antrag von FDP, CDU, SPD und Bündnis 90/GRÜNE den Rahmen dafür gesetzt, dass Schulen noch besser als bisher Kinder und Jugendliche stärken können, wenn diese Opfer von Mobbing werden. Es geht auch darum, Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeit so zu stärken, dass sie gar nicht erst zu Tätern werden. Das, was vielen Mobbing-Tätern zu eigen ist, ist, dass sie sich für die eigene Profilierung gerne Schwächere suchen, um damit möglicherweise ihre Persönlichkeit mehr zur Geltung zu bringen. Deswegen muss es auch das Ziel sein, Kinder und Jugendliche insgesamt zu stärken, um Mobbing zu begegnen.

Dr. Karl-Ludwig von Darwitz





Aus dem Sozialausschuss

Arbeit der Pflegekammer evaluieren – Mitglieder beteiligen

Seitdem ich dem Landtag angehöre, hat uns ein Thema immer wieder stark beschäftigt: die Gestaltung der Pflege. Programme wie beispielsweise „Mehr Zeit für Pflege“ bis hin zur Einrichtung der Pflegekammer in Niedersachsen, haben immer sehr viel Raum eingenommen, da wir immer eines im Fokus hatten: Pflege bedarf unser aller Unterstützung und wir sind auch gefordert, gute Instrumente der Stärkung der Pflege zu entwickeln. Unser gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Meyer, bemerkte zu Recht während der Debatte zur Pflege im Landtag, dass Pflegenden und Pflegebedürftigen hohe Erwartungen an die Pflege- und Gesundheitspolitik hätten. Neben der Konzertierte Aktion Pflege auf Initiative der Regierungsfaktionen habe besonders die Entwicklung der Pflegekammer die Diskussion geprägt.

Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf der Opposition zur Pflegekammer setzt jedoch an der falschen Stelle an. Hier raten

wir zu mehr Geduld, um die derzeit in Arbeit befindliche Evaluation der Arbeit der Pflegekammer Niedersachsen abzuwarten. Fragen, wie Wirkung und Organisation der Pflegekammer, Mehrwert für die Mitglieder, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten gehören u.a. zur Überprüfung, so wie es CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Auch der entstandene Protest wird in die Evaluation eingebunden werden: „Dem Vorschlag, durch eine qualifizierte Befragung aller Mitglieder der Pflegekammer diese einzubinden, können wir uns durchaus vorstellen. Daher bitte ich alle Beteiligten: Lassen sie uns gemeinsam den Weg der Evaluation der Pflegekammer bis Juni 2020 gehen, um dann zu entscheiden, wie unsere engagierten Pflegekräfte eine starke Vertretung bekommen können, die von ihnen gewollt ist und die auch ihr Vertrauen genießt“, so Volker Meyer abschließend.

Hebammenversorgung sicherstellen

Steigende Geburtenraten sind in Niedersachsen schon seit Jahren zu verzeichnen. Es finden zunehmend politische und gesellschaftliche Debatten statt, inwiefern die geburtshilfliche Versorgung sichergestellt werden kann. Eine Gesellschaft ist kinderfreundlich, wenn dies schon vor der Geburt durch ein entsprechendes Umfeld deutlich wird. Dazu gehören ausreichend und gut ausgebildete Hebammen. Deshalb wollen wir eine flächendeckende Versorgung sicherstellen. Um zu verhindern, dass es in den nächsten Jahren erhebliche Probleme bei der Hebammenversorgung gebe, müssten Maßnahmen ergriffen werden: „140 zusätzliche Studienplätze werden eingerichtet. In Osnabrück, Oldenburg und Göttingen wird der Studienbetrieb im Wintersemester 2020/21 beginnen, in Hannover wegen Bauarbeiten erst ein Jahr später. Niedersachsen ist in der glücklichen Lage, dass an der

Hochschule Osnabrück schon ein Studiengang mit 45 Plätzen existiert. Somit wird es insgesamt 185 Studienplätze in Niedersachsen geben. Da an den Fachschulen auf Grundlage aktueller Zahlen durchschnittlich 90 bis 100 Ausbildungsplätze entfallen, handelt es sich um eine Kapazitätserweiterung“, so unser CDU-Kollege Burkhard Jasper in der Debatte. Nun wollen wir das vorhandene Wissen in den Fachschulen nutzen. Die Hochschulen sind aufgefordert, Kooperationsverträge abzuschließen. Erfreulich ist, dass es eine Ausbildungs- und Studienvergütung gibt. Dies trägt zur Attraktivität des Studiums bei. In Niedersachsen werden in 68 Geburtshilfeabteilungen 964 Planbetten vorgehalten. Ziel ist es, auch durch die Erhöhung der Anzahl der Medizinstudienplätze für ausreichend Fachkräfte zu sorgen.

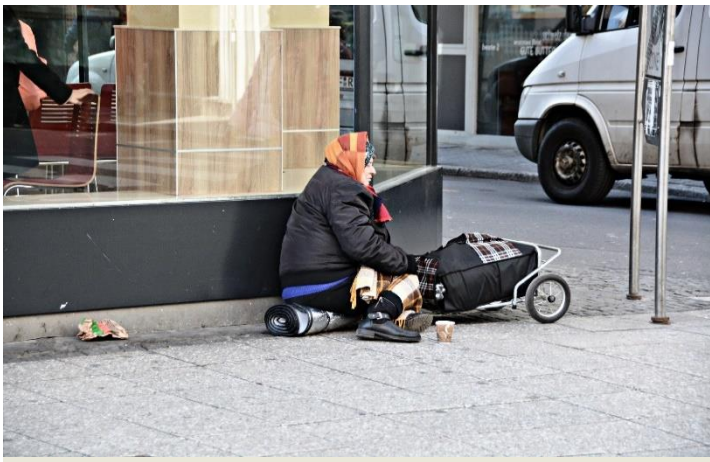
Konsequenzen aus Hameln/Lügde ziehen

Vor einem Jahr erschütterte der Missbrauchsskandal in Hameln/Lügde das Land Niedersachsen. Wir alle haben das unfassbare Geschehen erfahren und uns gefragt: „Wie kann so etwas passieren, ohne dass irgendjemand etwas bemerkte?“ Die schrecklichen Ereignisse haben zum Teil schwerste Versäumnisse sichtbar werden lassen, denn frühe Hinweise wurden von der Polizei und vom Hamelner Jugendamt ignoriert. Von konstruktiver Zusammenarbeit länderübergreifend konnte keine Rede sein, und was noch schlimmer ist: Nachträglich sind sogar noch Akten manipuliert worden. Mit einem 22 Punkte umfassenden Entschließungsantrag wollen wir, CDU und SPD, den Kinderschutz in Niedersachsen nun massiv verbessern und vor allem die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger und Stellen ausbauen – auch länderübergreifend.

„Wir benötigen eine kritische Analyse der Schnittstellen und müssen dabei auch prüfen, wie die unterschiedlichen Zuständigkeiten für alle Kinder und Jugendlichen von 0 bis 18 Jahren optimiert werden können“, so unsere sozialpolitische Kollegin Petra Joumaah zur Einbringung im Landtag. Ziel muss eine verpflichtende Zusammenarbeit sein, die auch eine Kooperation von Kindergärten, Schulen, allen Beteiligten im Gesundheitswesen, der Jugendämter sowie der Ermittlungsbehörden beinhalte. Diese muss so gestaltet werden, dass der Schutzauftrag zum Wohle der Kinder lückenlos erfüllt wird. Ein vernünftiger Datenaustausch ist dabei von großer Bedeutung.

Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, das vielfältige, aber teilweise unübersichtliche Angebot von Anlauf- und Beratungsstellen im Land systematisch zu bündeln und bekannt zu machen, damit den Hilfesuchenden ein niederschwelliges Angebot ermöglicht wird. Wir werden darüber im Fachausschuss eingehend beraten.

Gudrun Pieper



Aus dem Europaausschuss

Handlungsbedarf bei der Bekämpfung der Obdachlosigkeit in Europa

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments wollen die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten dazu drängen, den Kampf gegen Obdachlosigkeit zu einer Top Priorität zu machen. In einer Debatte am 13.01. haben sie diese aufgefordert, dringende Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit zu ergreifen, insbesondere um Todesfälle im Winter zu vermeiden und zu untersuchen, wie das Angebot an bezahlbarem Wohnraum für diejenigen, die derzeit auf dem Wohnungsmarkt kein geeignetes bzw. gar kein Angebot finden, ausgeweitet werden kann. Mehrere Abgeordnete forderten die Europäische Kommission auf, eine Mitteilung, einen Fahrplan oder eine Strategie speziell für das Thema Obdachlosigkeit vorzulegen. Nicolas Schmit, Kommissar für Arbeit und soziale Rechte, versicherte den Europaabgeordneten, dass das Thema im Mittelpunkt der Aktivitäten der Europäischen Kommission stehe. Das EP hat die Kommission im Zusammenhang mit dem

19. Grundsatz der europäischen Säule sozialer Rechte, wonach Hilfsbedürftigen Zugang zu Sozialwohnungen oder Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung gewährt werden soll, bereits mehrfach aufgefordert, sich mit der zunehmenden Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt zu befassen. Im Jahr 2019 seien in der EU ca. 700.000 Menschen obdachlos gewesen, wobei die Zahl der Obdachlosen in ganz Europa mit Ausnahme Finnlands, das einen Rückgang um 45 % meldete, gestiegen sei. Lettland habe zwischen 2009 und 2017 einen Anstieg von 389 % verzeichnet, und in Irland sei die Obdachlosigkeit zwischen 2014 und 2018 um 203 % gestiegen. Wohnraumunterversorgung sei der Kern von Armut und sozialer Ausgrenzung und eng mit der Arbeitslosigkeit verbunden. Das Parlament wird zu einem späteren Zeitpunkt über eine Entschließung abstimmen. Auch in unserem Land müssen wir unsere bisherigen Maßnahmen immer wieder überprüfen, ob sie noch ausreichend sind.

Erasmus+ Leitfaden für 2020

Erasmus+ ist das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport für den Zeitraum 2014-2020. Die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport können erheblich zur Bewältigung der großen Herausforderungen beitragen, mit denen Europa bis zum Ende des Jahrzehnts konfrontiert sein wird. Ferner können sie die Umsetzung der europäischen politischen Agenda für Wachstum, Arbeitsplätze, Gerechtigkeit und soziale Integration unterstützen. Der Leitfaden zum Programm Erasmus+ wurde auf der Grundlage des von der Europäischen Kommission angenommenen jährlichen Arbeitsprogramms entwickelt. Detaillierte Informationen über alle Angebote, die durch Erasmus+ im Jahr 2020 unterstützt werden können, sind im Programmleitfaden 2020 online und in einem nutzerfreundlichen Format abrufbar.

Bisher haben über 10 Mio. junge Menschen am Erasmus-Programm teilgenommen – Tendenz steigend.

Rat billigt Wiederverwendung von Wasser für landwirtschaftliche Bewässerung

Die EU-Botschafterinnen und -Botschafter der Mitgliedstaaten haben am 18.12.2019 die vorläufige Einigung zwischen Rat und Parlament gebilligt, mit der die Verwendung von behandeltem kommunalem Abwasser für die landwirtschaftliche Bewässerung erleichtert wird. Mit dieser Billigung wird der Weg für die endgültige Annahme geebnet. Die Verordnung soll die Verfügbarkeit von Wasser verbessern und Anreize für eine effizientere Wassernutzung schaffen.

So soll sichergestellt werden, dass insbesondere bei Hitzewellen und schweren Dürren genügend Wasser für die Bewässerung von Feldern zur Verfügung steht, um Ernteaussfälle und Lebensmittelknappheit zu vermeiden. Da die geografischen und klimatischen Bedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind, kann ein Mitgliedstaat auch entscheiden, dass der Einsatz von aufbereitetem Wasser für die landwirtschaftliche Bewässerung in manchen Landesteilen oder im gesamten Land nicht zweckmäßig ist. Die Mitgliedstaaten können darüber hinaus beschließen, aufbereitetes Wasser für andere Zwecke zu verwenden, etwa im Zuge der Wiederverwendung von Wasser für industrielle Zwecke sowie für Zwecke im Zusammenhang mit Freizeit und Umwelt. Die bestehenden EU-Vorschriften zur Lebensmittelhygiene gelten weiterhin und müssen uneingeschränkt eingehalten werden. Diese Billigung ebnet den Weg für die förmliche Annahme der neuen Vorschriften, die 2020 erfolgen wird. Die Verordnung wird anschließend im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten. Drei Jahre nach dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens gelangt sie zur Anwendung.

Gudrun Pieper



Unterwegs mit Gudrun Pieper

Klausurtagung des CDU-Landesvorstands

Wir starteten in das politische Jahr mit unserer traditionellen Jahresauftaktklausur in Hünzingen/ Walsrode. Landesvorstand, Kreisvorsitzende und Abgeordnete aus EU-, Bundes- und Landesparlamenten haben sich konkret mit Niedersachsens entscheidenden Zukunftsfragen in dem vor uns liegenden Jahrzehnt, auseinandergesetzt. Zuversichtlich und hoch motiviert, mit interessanten und kompetenten Gästen, gingen wir die Arbeit im neuen Jahr an.

Auf unserer Klausurtagung haben wir uns gerade auch aktuellen Themen gewidmet. Schwerpunktthemen waren u.a. Antisemitismus und Hasskriminalität, Lücken in unserem Rechtsstaat, die Ärzteversorgung im ländlichen Raum sowie die Zukunft der Landwirtschaft. Dazu referierten u.a. die Präsidentin der Ärztekammer, Dr. Martina Wenker, Dr. Langenfeld vom Hausärzteverband und Polizeidirektor Sengel von

der PI Heidekreis.

Dem wachsenden Antisemitismus in unserem Land müssen wir entschieden entgegenreten und Themen wie Sicherheit nach vorne rücken. Denn ohne Sicherheit ist eine freiheitliche Demokratie und ein friedliches Zusammenleben nicht denkbar.

Ebenso war die Ärzte- und Hausarztversorgung im ländlichen Raum ein Thema, welches uns noch in der Zukunft weiter beschäftigen wird. Der Mangel an Haus- und Fachärzten ist im ganzen Land zu spüren. Unsere Landwirte haben ein Recht auf Respekt und Anerkennung. Ein Recht auf Achtung ihres Eigentums. Ein Recht auf Vertrauen – von Politik und Gesellschaft. Daher bekennen wir uns zu unseren bauerlichen Familienbetrieben.

Zu allen Themen haben wir Maßnahmenkataloge erarbeitet, die Sie unter www.cdu-niedersachsen.de einsehen können.

Weihnachtsbesuch



An Weihnachten nicht arbeiten zu müssen gehört für viele Menschen und Familien dazu. Damit unsere Gesellschaft jedoch funktioniert, müssen einige Menschen getrennt von ihren Liebsten die Feiertage verbringen. Krankenhäuser, Feuerwehren, Rettungsdienste und Polizei kennen keine Feiertage. Sie sind immer für die Bürgerinnen und Bürger da. Grund genug für mich, im Rahmen meines traditionellen Weihnachtsbesuchs, bei unserer Polizei "danke" zu sagen. Danke, dass Menschen, welche bei den o.g. Einrichtungen arbeiten, für uns da sind und damit ein wichtiger Stützpfeiler unserer Gesellschaft sind.

„Zukunftsfabrik“ an der KGS Schwarmstedt

Beim Besuch einer 9. Klasse der KGS Schwarmstedt habe ich Schülerinnen und Schülern das Berufsbild einer Landtagsabgeordneten nähergebracht. Das von Studentinnen und Studenten der Leibniz-Universität Hannover initiierte, ehrenamtliche Projekt "Zukunftsfabrik" hat zum Ziel eine bessere Orientierung in der Berufs- oder Studienwahl zu ermöglichen und möchte eine effizientere Berufsentscheidung unterstützen. Ein toller Ansatz, der eine sinnvolle Entscheidungshilfe sein kann.



Dorfmark Touristik

Der Neujahrsumtrunk des Vereins Dorfmark Touristik ist bereits eine traditionelle Veranstaltung. Die Stimmung im Gasthaus Meding war gut und ich habe viele gute Gespräche geführt. Der Vorsitzende Rainer Arndt thematisierte den legendäre Hirschgeweiweg (Verbindungsweg zwischen Dorfmark und Bad Fallingbostel). Um die nötige Reparatur zu finanzieren, wurden symbolische Holzbohlengutscheine zum Erwerb angeboten. Alle Käufer dieser Gutscheine werden später auf einer Tafel namentlich erfasst. Die Aktion stieß auf sehr große Resonanz.

Schulpraktikum im Landtag absolviert



Theodor Mahler aus Rethem, Schüler der 11. Klasse des Walsroder Gymnasiums, hat bei mir ein Praktikum absolviert. Zwei Wochen konnte er mich im Wahlkreis und im Landtag begleiten, bei den Beratungen in den Arbeitskreisen Soziales und Europa wichtige Erfahrungen sammeln und so verstehen, wie Anträge formuliert werden und welche Motivationen dahinterstecken. Es freut mich immer wieder, wenn es mir gelingt junge Leute für die Politik zu begeistern.





Unterwegs

mit Dr. Karl-Ludwig von Danwitz

Der Heidekreis blüht auf!

Niedersachsen investiert 2020 2,8 Mio. Euro in die Artenvielfalt, unter anderem in die Förderung und den Erhalt artenreichen Grünlands. Denn: Blühende, naturnahe Gärten sind nicht nur schön fürs Auge, für die Tierwelt sind sie wertvolle Refugien. Bienen, Hummeln, Schmetterlinge und Co. sind unersetzlich. Als Blütenbestäuber sorgen sie für die Vielfalt von Pflanzen und Tieren auf der Erde. Es kommt auf uns alle an, etwas für die biologische Vielfalt zu unternehmen.

Wir möchten den Fokus legen auf das, was wir alle aus freien Stücken dafür tun können, weil es sinnvoll ist und wir davon überzeugt sind. Deshalb habe ich gemeinsam mit den CDU Verbänden meines Wahlkreises Bispingen, Munster, Neuenkirchen Schneverdingen und Soltau die Veranstaltungsreihe „Der Heidekreis blüht auf“ ins Leben gerufen. Unsere Kickoff-Veranstaltung hat am 16.01.2020 im Hotel Meyn in Soltau stattgefunden, Eva Meyerhoff vermittelte in ihrem Vortrag einen Überblick über die aktuelle Situation und darüber, was die einzelnen Personen, Institutionen oder auch die Landwirtschaft zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen kann, ohne wirtschaftliche Ziele oder betriebliche Abläufe aus den Augen zu verlieren oder zu gefährden.

Wo finden die Insekten heute noch ihre Nahrung? Einheimische Insekten sind seit Jahrtausenden an die Wildpflanzen der Region angepasst. Die Zusammensetzung des Saatguts spielt eine entscheidende Rolle für den Erfolg von Blühmaßnahmen. Bei erfolgreich angelegten Blühstreifen blüht es den ganzen Frühling und Sommer über, was nicht nur zahlreiche Bienen und Insekten, sondern natürlich auch das menschliche Auge erfreut. Ob ein Blühstreifen jedoch ein Erfolg oder Misserfolg wird, hängt von mehreren Faktoren ab und entscheidet sich meist schon bereits vor der eigentlichen Aussaat. Kleine Projekte führen schneller zum Erfolg als große. Wer seinen Garten insektenfreundlich gestalten oder sich in seiner Gemeinde für mehr Blüten einsetzen will, erhält auf unseren Veranstaltungen vielfältige Ideen und Anregungen, natürlich ohne ideologisch geprägte Vorschriften, Verbote oder gegenseitige Schuldzuweisungen. Ob privater Garten oder das Gebiet rund um ein Vereinsheim: Jede Fläche bietet Potential!

Für weitere Infos zum Thema, einfach eine E-Mail schreiben an: info@vondanwitz.net

CDU-Neujahrsempfang in Neuenkirchen



Am 14. Januar fand der traditionelle Neujahrsempfang der CDU Heidekreis statt. Ehrengast war in diesem Jahr unser Kollege aus dem Landtag und Generalsekretär Kai Seefried, der seine Rede unter das Motto stellte: "Lasst uns nicht zurücksehen in die angebliche gute alte Zeit, sondern lasst uns mit Mut und Freude die Zukunft gestalten!" Er wünscht sich vor allem eins, dass wir als CDU am Ende nicht in eine Rolle kommen, wo wir meinen den Menschen am Ende bei dem Thema „Umwelt und Nachhaltigkeit“ alles verbieten zu wollen, sondern dass wir auf Wege setzen, wo wir die Menschen mitnehmen, wo wir gemeinsam über Technik, über Innovation, über neue Entwicklungen für die kommenden Generationen Nachhaltigkeit und eine generationengerechte Zukunft schaffen. Danke für den mitreißenden Beitrag lieber Kai! Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit im Jahr 2020!

Mit der BI UnsYnn in Uelzen

5 Bürgerinitiativen (darunter auch unsYnn) hatten ein unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben, dass die Realisierbarkeit von Alpha-E noch einmal untersuchen sollte. Das Ergebnis dieses Gutachtens wurde letzte Woche den Vertretern der überregionalen Bürgerinitiativen in Uelzen präsentiert. Der Einladung, bei diesem

Termin dabei zu sein, habe ich natürlich gerne angenommen! Das Resümee des Gutachtens: der Neubau von Bahnstrecken ist nicht notwendig, der Ausbau vom Personen- und Schienengüterverkehr im Bestand ist ausreichend. Wir werden weiterhin an der Alpha-E Variante festhalten und dies auch gegenüber der Bahn vermitteln!

